

Kuckertz, Perschke, Rottenbacher, Ziska (Hrsg.)

Praxiswissen Finanzdienstleistungen

Band 2: Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft,
Recht, Steuern

Vorbereitung IHK-Prüfung
Fachberater/in für Finanzdienstleistungen

6. Auflage

PRAXISLÖSUNGEN FÜR ENTSCHEIDER

Risk/
Compliance

Research
Solutions

Analytics

Corporate
Publishing



LexisNexis®

Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.lexisnexis.de/finanzdienstleistung-2

Leseprobe

Kuckertz, Perschke, Rottenbacher, Ziska (Hrsg.)

Praxiswissen Finanzdienstleistungen

Leseprobe

Kuckertz, Perschke, Rottenbacher, Ziska (Hrsg.)

Praxiswissen Finanzdienstleistungen

Band 2

Volkswirtschaft

Betriebswirtschaft

Recht

Steuern

Impressum

© 2009

LexisNexis Deutschland GmbH
Feldstiege 100
48161 Münster/Westfalen

Art.-Nr. 3854

Redaktion: Yvonne Becker
Layout: Nina Schmidt, Thomas Müller

Druck: Bercker, Kevelaer

Rechtsstand: Oktober 2009

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck, Nachdruck, datentechnische Vervielfältigung und Wiedergabe (auch auszugsweise) oder Veränderung über den vertragsgemäßen Gebrauch hinaus bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Verlags.

Hinweis:

Die in dem Werk enthaltenen Informationen wurden sorgfältig recherchiert und geprüft. Für die Richtigkeit der Angaben sowie die Befolgung von Ratschlägen und Empfehlungen kann der Verlag dennoch keine Haftung übernehmen.

ISBN 978-3-89699-385-4

Vorwort

Ein Buch, das auf die IHK Weiterbildungsprüfung „Fachberater/-in für Finanzdienstleistungen“ vorbereitet und gleichzeitig „Praxiswissen Finanzdienstleistungen“ heißt – widerspricht sich das nicht?

Dass dem nicht so ist, zeigen folgende Gründe:

1. Dieser in der Finanzdienstleistungsbranche etablierte öffentlich-rechtliche Weiterbildungsabschluss „Fachberater/-in für Finanzdienstleistungen“ ist von vielen Praktikern mitgestaltet worden. Die letzte Aktualisierung fand 2004 statt und so sind die Inhalte äußerst wichtig für jeden, der täglich mit Kunden umgeht und diese berät. Die Inhalte dieses Buches orientieren sich an dem Rahmenlehrplan und decken dadurch sehr viele Themen der Beratungspraxis ab.
2. Dieses Buch ist so geschrieben, dass Sie es sowohl zur gezielten Prüfungsvorbereitung als auch als ständigen Begleiter in der Praxis einsetzen können. Aufbauend auf unseren langjährigen Erfahrungen in Schulungen, Seminaren für Banken, Versicherungs- und Vertriebsunternehmen von Finanzdienstleistungen, werden Ihnen in den einzelnen Kapiteln nicht nur die Produkte unternehmensunabhängig erläutert, sondern auch rechtliche Grundlagen sowie wertvolle Tipps für die Praxis gegeben. Ein sehr ausführliches Stichwortverzeichnis ermöglicht ein schnelles Auffinden von Themengebieten.
3. Die Herausgeber Wolfgang Kuckertz, Ronald Perschke und Frank Rottenbacher sind Vorstände der Berliner GOING PUBLIC! AG & Co. KG (www.going-public.edu), einem der bundesweit führenden Anbieter von Vorbereitungsstudiengängen zum/-r Fachberater/-in für Finanzdienstleistungen (IHK) sowie Fachwirt/-in für Finanzberatung (IHK). Herr Daniel Ziska ist als Steuerberater Vorstand der Berliner GPC Unternehmer- und Steuerberatungs AG, deren Mandantschaft ebenfalls schwerpunktmäßig aus dem Finanzdienstleistungsbereich kommt.

In dieser sechsten Auflage finden Sie alle Themengebiete aus den bis einschließlich Frühjahr 2009 geschriebenen IHK-Klausuren zum/-r „Fachberater/-in“ berücksichtigt. Ergänzend sind die Erfahrungen der Autoren aus mehreren Prüfungsausschüssen eingeflossen. Selbstverständlich ist der komplette Rahmenlehrstoffplan in beiden Bänden abgedeckt. Teils finden Sie die jeweiligen Inhalte aus didaktischen Gründen hier jedoch in einer anderen Reihenfolge wieder. Insgesamt bestätigt das Feedback zu den erfolgreichen Auflagen diesen Ansatz.

Dieses Buch ist somit kein Vertriebshandbuch mit Verkaufsstrategien. Vielmehr erhalten Sie Wissen bereitgestellt. Ein Finanzberater oder -planer muss heute ein Allfinanzberater sein, der auch über die steuerlichen Konsequenzen Auskunft geben kann, Liquiditätsströme beachtet und seine Beratung auf betriebs- und volkswirtschaftlicher Grundlage durchführt. Umfangreiches Fachwissen schafft Wettbewerbsvorteile in einem Markt, der zurzeit nur geringe Zugangsbeschränkungen kennt. Studiengänge zu öffentlichen

Abschlüssen werden übrigens umso wichtiger, wenn man sich die Entwicklungen zur deutschen Umsetzung der EU-Versicherungsvermittler- sowie Wertpapierdienstleistungsrichtlinie (ISD) betrachtet.

Bei der Erstellung des Buches sind bei uns einige Dankeschulden entstanden: Die folgenden Co-Autoren haben ebenfalls hervorragende Arbeit geleistet: Rechtsanwältin Heidrun Stocker, Versicherungskaufmann Stephan Bobeck, Dipl. Kfm. Boris von Chlebowski und Dipl. Kfm. Nils Keller. Ihnen allen sei herzlich für ihre fachliche Unterstützung gedankt!

Wann und wofür Sie dieses Buch auch einsetzen, wir wünschen Ihnen hierbei viel Erfolg. Über kritische Zuschriften sowie Verbesserungsvorschläge freuen wir uns sehr!

Ihre

Wolfgang Kuckertz
Ronald Perschke
Frank Rottenbacher
Daniel Ziska

Berlin, im Oktober 2009

Die Herausgeber

Wolfgang Kuckertz, Ronald Perschke, Frank Rottenbacher und Daniel Ziska sind die Gesellschafter der GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG in Berlin (www.going-public.edu). Das Unternehmen ist ein Personalentwicklungsinstitut speziell für die Finanzdienstleistungsbranche. Seit Jahren ist die GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG Marktführer für die Studiengänge „Fachberater/-in für Finanzdienstleistungen“ und „Fachwirt/-in für Finanzberatung“.

Herr Kuckertz, Herr Perschke und Herr Rottenbacher bilden den Vorstand des Unternehmens. Herr Ziska ist Aufsichtsratsvorsitzender der GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG und in seiner hauptberuflichen Tätigkeit Vorstand der GPC Unternehmer- und Steuerberatungsgesellschaft AG (www.team-gpc.de). Die Steuerberatungsgesellschaft ist auf Mandanten aus dem Finanzdienstleistungssektor spezialisiert.

Die Autoren

Frank Rottenbacher
Jahrgang 1969



Das Kapitel „Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre“ wurde in der ersten Auflage von Herrn Frank Rottenbacher erstellt und seitdem in den nachfolgenden Auflagen von ihm überarbeitet und aktualisiert.

Herr Rottenbacher ist Vorstand der GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG, die sich auf die Personalentwicklung im Finanzdienstleistungsbereich spezialisiert hat. Nach seinem Abitur hat er eine Ausbildung zum Bankkaufmann (IHK) erfolgreich abgeschlossen. Im Anschluss daran war er bei der Bayerischen Vereinsbank als Kundenberater tätig. 1990 gründete er zusammen mit den Co-Herausgebern die heutige GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG. 1997 schloss er erfolgreich die Weiterbildung zum

Fachwirt für Finanzberatung (IHK) ab und legte 2001 vor der IHK zu Berlin die Ausbilder-Eignungsprüfung ab. 2004 wurde er in den Vorstand des AfW – Bundesverband Finanzdienstleistung e.V. gewählt und ist dort für die politische Interessenvertretung unabhängiger Finanzdienstleister sowie Qualifikationsfragen zuständig.

Herr Rottenbacher ist seit mehr als 19 Jahren erfolgreich als Trainer und Dozent zu den Themen Rechnungswesen, Volks- und Betriebswirtschaftslehre sowie Bankbetriebslehre tätig. Er ist Mitherausgeber und Co-Autor der Werke „Praxiswissen Finanzdienstleistungen“, „Finanzberatung für gewerbliche Kunden“, „Versicherungsfachmann/-frau (IHK)“, „Kaufleute für Versicherungen und Finanzen (IHK)“ sowie zahlreicher Broschüren,

die ebenfalls bei der LexisNexis® Deutschland GmbH erschienen sind. Seit 1994 ist er Mitglied eines Prüfungsausschusses „Bankkaufmann/-frau“ in Potsdam und seit 1999 Mitglied der Prüfungsausschüsse „Fachberater/-in für Finanzdienstleistung“ und „Fachwirt/-in für Finanzberatung“ der IHK Berlin.

Ronald Perschke
Jahrgang 1968



Das Kapitel „Recht“ wurde in der ersten Auflage von Ronald Perschke erstellt und seitdem in den nachfolgenden Auflagen von ihm überarbeitet und aktualisiert.

Herr Ronald Perschke ist Vorstand der GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG, die sich auf die Personalentwicklung im Finanzdienstleistungsbereich spezialisiert hat. Nach seiner Ausbildung zum Bankkaufmann war er bei der Bayerischen Vereinsbank in der Revisionsabteilung der Niederlassung Berlin tätig. Im Jahr 1992 legte er vor der IHK-Berlin die Ausbilder-Eignungsprüfung ab. An der FHTW Berlin schloss er erfolgreich das Studium zum Diplom-Wirtschaftsjuristen (FH) mit dem Schwerpunkt „Personalmanagement“ ab. 1990 gründete er zusammen mit den Co-Herausgebern die heutige GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG.

Seit 19 Jahren ist er als Trainer, Coach und Dozent zu Themen der Kapitalanlage, Wirtschaftslehre und Wirtschaftsrecht tätig. Er ist Mitherausgeber und Co-Autor der drei Werke „Praxiswissen Finanzdienstleistungen“, „Finanzberatung für gewerbliche Kunden“ sowie „Versicherungsfachmann/-frau (IHK)“. Seit vielen Jahren ist er Mitglied eines Prüfungsausschusses „Bankkaufmann/-frau“ an der IHK Potsdam und an der IHK Böblingen im Ausschuss „Fachwirt/-in für Finanzberatung“.

Daniel Ziska
Jahrgang 1969



Das Kapitel „Steuern“ wurde in der ersten Auflage von Daniel Ziska erstellt und seitdem in den nachfolgenden Auflagen von ihm überarbeitet und aktualisiert.

Herr Daniel Ziska ist Diplom-Kaufmann (FH), Steuerberater und Vorstand der auf Kapitalanlagen, Finanzdienstleistungen und Immobilien spezialisierten GPC Unternehmer- und Steuerberatungsgesellschaft AG, Berlin.

Herr Ziska beschäftigt sich seit langen Jahren mit den Themen Steuern und Kapitalanlage und hat daher die von ihm geführte GPC Unternehmer- und Steuerberatungsgesellschaft AG (www.team-gpc.de) auch auf die Betreuung von Finanzdienstleistern ausgerichtet.

Außerdem stellt er – heute in der Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender – bereits seit mehr als 19 Jahren sein Know-how der GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG zur Verfügung. 1990 gründete er zusammen mit den Co-Herausgebern die heutige GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG. Er ist in diesem Zusammenhang als Referent für die GOING PUBLIC! Akademie für Finanzberatung AG, aber auch für verschiedene andere Institutionen tätig und Vorsitzender der Prüfungsausschüsse „Fachberater/-in für Finanzdienstleistungen“ und „Fachwirt/-in für Finanzberatung“ der IHKn Berlin und Potsdam. Er ist Mitherausgeber und Co-Autor der drei Werke „Praxiswissen Finanzdienstleistungen“, „Finanzberatung für gewerbliche Kunden“ und „Versicherungsfachmann/-frau (IHK)“ sowie Autor einer Reihe von Fachaufsätzen.

Leseprobe

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--------|--|-----------|
| TEIL 1 | VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE | 25 |
| 1 | Wirtschaft als Gegenstand der Volkswirtschaftslehre | 25 |
| 1.1 | Aufgaben der Volkswirtschaftslehre | 25 |
| 1.2 | Grundbegriffe | 26 |
| 1.2.1 | Bedürfnis/Bedarf/Nachfrage | 27 |
| 1.2.2 | Produktion und Produktionsmöglichkeiten | 28 |
| 2 | Märkte und Preisbildung | 30 |
| 2.1 | Marktformen | 30 |
| 2.2 | Nachfrage | 32 |
| 2.2.1 | Nachfrage in Abhängigkeit vom Preis des Gutes | 32 |
| 2.2.2 | Nachfrage in Abhängigkeit vom Preis anderer Güter | 33 |
| 2.2.3 | Nachfrage in Abhängigkeit vom Einkommen | 33 |
| 2.2.4 | Nachfrage in Abhängigkeit von subjektiven Nutzensvorstellungen | 34 |
| 2.3 | Angebot | 34 |
| 2.4 | Preisbildung auf Gütermärkten | 35 |
| 3 | Wirtschaftskreislauf | 37 |
| 3.1 | Volkswirtschaftlicher Kreislauf | 37 |
| 3.2 | Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) | 38 |
| 3.3 | Bruttoinlandsprodukt (BIP) | 39 |
| 3.4 | Wachstum als Wohlstandsindikator? | 40 |
| 3.5 | Lohn- und Gewinnquote | 41 |
| 3.6 | Sparen und Konsum privater Haushalte | 42 |
| 4 | Wirtschaftspolitik | 44 |
| 4.1 | Begründung einer Wirtschaftspolitik | 44 |
| 4.2 | Ziele und Bereiche der Wirtschaftspolitik | 44 |
| 4.2.1 | Ordnungspolitik | 45 |
| 4.2.2 | Prozesspolitik/Magisches Viereck/Stabilitätsgesetz | 46 |
| 4.2.3 | Fiskalpolitik | 50 |
| 4.2.4 | Strukturpolitik | 51 |
| 4.3 | Träger der Wirtschaftspolitik | 51 |
| 4.4 | Problem Arbeitslosigkeit | 52 |
| 5 | Geldtheorie und Geldpolitik | 55 |
| 5.1 | Funktionen des Geldes | 55 |
| 5.2 | Währungsordnung und Bankensystem | 56 |
| 5.2.1 | Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) | 58 |
| 5.2.2 | Geschäftsbanken | 61 |
| 5.2.3 | Geldschöpfung | 61 |
| 5.3 | Geldwertänderung – Deflation, Inflation und Stagnation | 64 |
| 5.3.1 | Preisindizes | 65 |
| 5.3.2 | Der Warenkorb | 66 |
| 5.3.3 | Das Wägungsschema | 67 |
| 5.3.4 | Inflationseffekte | 68 |
| 5.3.5 | Inflationsursachen | 69 |

| | | |
|---------------|--|------------|
| 5.4 | Geldpolitik | 72 |
| 5.4.1 | Hauptrefinanzierungsgeschäfte (Haupttender) | 74 |
| 5.4.2 | Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Basistender) | 74 |
| 5.4.3 | Schnelltender | 74 |
| 5.4.4 | Offenmarktgeschäfte | 75 |
| 5.4.5 | Ausschreibungsverfahren und Sicherheiten | 75 |
| 5.4.6 | Ständige Fazilitäten | 77 |
| 5.4.7 | Mindestreservpolitik | 77 |
| 5.4.8 | Einschätzung der Wirkungsweisen | 77 |
| 6 | Währung und Außenwirtschaft | 79 |
| 6.1 | Außenhandel | 79 |
| 6.2 | Zahlungsbilanz | 80 |
| 6.3 | Wechselkurs | 83 |
| 6.4 | Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) | 86 |
| 7 | Konjunktur und Wachstum | 89 |
| 7.1 | Wirtschaftswachstum | 89 |
| 7.2 | Konjunktur und Krise | 90 |
| 7.2.1 | Konjunkturzyklus | 90 |
| 7.2.2 | Angebots- und nachfrageorientierte Politik | 92 |
| 7.2.3 | Wachstumstrend | 93 |
| 7.3 | Wirtschaftswachstum und Strukturwandel | 93 |
| TEIL 2 | BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE | 95 |
| 1 | Grundlagen | 95 |
| 1.1 | Wirtschaften und Wirtschaftlichkeit | 95 |
| 1.2 | Betrieb als Gegenstand der BWL | 96 |
| 1.2.1 | Ordnung nach Wirtschaftsprinzipien | 96 |
| 1.2.2 | Ordnung nach Art der Leistungserstellung | 97 |
| 1.2.3 | Ordnung nach Art der Betriebsgröße | 99 |
| 1.3 | Abgrenzung Produktion vs. Dienstleistungen | 100 |
| 2 | Produktionsfaktoren | 102 |
| 3 | Organisation | 104 |
| 3.1 | Grundlagen | 104 |
| 3.2 | Aufbauorganisation | 105 |
| 3.3 | Ablauforganisation | 108 |
| 4 | Marketing | 109 |
| 4.1 | Marketingentwicklung | 109 |
| 4.2 | Marketingphilosophie | 110 |
| 4.3 | Marketingziele | 110 |
| 4.4 | Marketinginstrumente/Marketing Mix | 111 |
| 4.4.1 | Produktpolitik und Servicepolitik | 111 |
| 4.4.2 | Preispolitik | 112 |
| 4.4.3 | Kommunikationspolitik | 114 |
| 4.4.4 | Vertriebspolitik (Absatzpolitik, Distributionspolitik) | 115 |
| 4.4.5 | Produktlebenszyklus | 115 |

| | | |
|----------|---|------------|
| 5 | Rechnungswesen | 117 |
| 5.1 | Aufgaben des Rechnungswesens/Buchführungspflicht | 117 |
| 5.2 | Gliederung des Rechnungswesens | 118 |
| 5.3 | Finanzbuchhaltung | 119 |
| 5.3.1 | Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) | 119 |
| 5.3.1.1 | GoB für die laufende Buchführung | 119 |
| 5.3.1.2 | GoB für die Inventur | 120 |
| 5.3.1.3 | GoB für die Bilanzierung | 120 |
| 5.3.1.4 | Besonderheiten | 120 |
| 5.3.1.5 | Beweiskraft der Buchführung für die Besteuerung | 120 |
| 5.3.2 | Bilanz | 122 |
| 5.3.3 | Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) | 126 |
| 5.3.4 | Anhang und Lagebericht | 129 |
| 5.3.5 | Inventur | 130 |
| 5.3.6 | Bilanzierung | 131 |
| 5.3.6.1 | Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung (GoB) | 131 |
| 5.3.6.2 | Bewertungsgrundsätze in der Bilanz | 132 |
| 5.3.6.3 | Wertansätze in der Bilanz | 133 |
| 6 | Betriebswirtschaftliche Kennzahlen | 135 |
| 6.1 | Kennzahlen zur Beurteilung des gesamten Betriebes | 135 |
| 6.1.1 | Kennzahlen zur Investitionsanalyse | 135 |
| 6.1.2 | Kennzahlen zur Finanzierungsanalyse | 136 |
| 6.1.3 | Kennzahlen zur Liquiditätsanalyse | 137 |
| 6.2 | Kennzahlen zur Beurteilung einzelner Tätigkeitsbereiche | 139 |
| 6.3 | Bilanz- und GuV-Analyse mithilfe von Investitions-/Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen | 140 |
| 7 | Finanzierung und Investition | 143 |
| 7.1 | Grundlagen | 143 |
| 7.2 | Kapitalbedarfsplanung | 145 |
| 7.3 | Formen der Finanzierung | 145 |
| 7.3.1 | Außenfinanzierung | 146 |
| 7.3.2 | Innenfinanzierung | 146 |
| 7.4 | Formen der Investition | 147 |
| 7.5 | Investitionsarten | 148 |
| 7.6 | Grundlagen der Investitionsrechnung | 148 |
| 8 | Kosten- und Leistungsrechnung | 151 |
| 8.1 | Grundlagen/Aufgaben | 151 |
| 8.2 | Gliederung der Kosten | 156 |
| 8.3 | Abrechnungssysteme der Kostenrechnung | 158 |
| 8.3.1 | Vollkostenrechnung | 158 |
| 8.3.2 | Teilkostenrechnung als Deckungsbeitragsrechnung | 159 |
| 8.3.3 | Break-Even-Analyse (Gewinnschwellenanalyse) | 160 |
| 8.4 | Betriebsabrechnung | 161 |
| 8.4.1 | Kostenartenrechnung | 162 |
| 8.4.2 | Kostenstellenrechnung | 162 |
| 8.4.3 | Kostenträgerrechnung | 164 |

| | | |
|---------------|---|------------|
| 8.5 | Wirtschaftlichkeitsrechnung | 166 |
| 8.6 | Entscheidungsrechnung | 166 |
| 9 | Statistik | 168 |
| TEIL 3 | RECHT | 169 |
| 1 | Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland | 169 |
| 1.1 | Sinn einer Rechtsordnung | 169 |
| 1.2 | Öffentliches und privates Recht | 169 |
| 1.2.1 | Öffentliches Recht | 170 |
| 1.2.2 | Privates Recht | 171 |
| 1.2.3 | Verhältnis des privaten zum öffentlichen Recht | 172 |
| 1.3 | Rechtsquellen | 172 |
| 1.3.1 | Geschriebenes Recht | 173 |
| 1.3.1.1 | Verfassung | 173 |
| 1.3.1.2 | Gesetze | 173 |
| 1.3.1.3 | Rechtsverordnungen | 173 |
| 1.3.1.4 | Satzungen | 174 |
| 1.3.2 | Gewohnheitsrecht | 174 |
| 1.4 | Grundgesetz und Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland | 174 |
| 1.4.1 | Die freiheitlich-demokratische Grundordnung | 174 |
| 1.4.2 | Staatsaufbau und Gewaltenteilung | 176 |
| 2 | Europäische Rechtsordnung | 180 |
| 2.1 | Entwicklung der Europäischen Einigung | 180 |
| 2.2 | Organe der Europäischen Union | 181 |
| 2.3 | Europäisches Gemeinschaftsrecht im Verhältnis zum nationalen Recht | 184 |
| 2.4 | Versicherungsvermittler-Richtlinie als Beispiel europäischer Rechtsschöpfung | 185 |
| 3 | Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) | 189 |
| 3.1 | Stellung des BGB im Privatrecht | 189 |
| 3.2 | Aufbau des BGB | 190 |
| 3.3 | Schuldrecht Teil 1: Grundlagen des Schuld- und Vertragsrechts | 193 |
| 3.3.1 | Inhalt und Wesen von Schuldverhältnissen | 193 |
| 3.3.2 | Grundsatz der Privatautonomie | 194 |
| 3.3.3 | Zustandekommen von Verträgen | 195 |
| 3.3.3.1 | Der Antrag | 195 |
| 3.3.3.2 | Die Annahme | 196 |
| 3.3.4 | Abstraktions- und Trennungsprinzip | 197 |
| 3.3.5 | Standardverträge nach BGB | 199 |
| 3.4 | Grundbegriffe des BGB | 201 |
| 3.4.1 | Rechtsgeschäfte | 201 |
| 3.4.1.1 | Willenserklärungen | 201 |
| 3.4.1.2 | Einteilung der Rechtsgeschäfte | 202 |
| 3.4.2 | Rechtssubjekte | 204 |
| 3.4.2.1 | Natürliche und juristische Personen | 204 |
| 3.4.2.2 | Nicht rechtsfähige Personenvereinigungen | 205 |
| 3.4.2.3 | Rechtsfähigkeit | 206 |

| | | |
|---------|--|-----|
| 3.4.2.4 | Geschäftsfähigkeit | 207 |
| 3.4.2.5 | Deliktsfähigkeit | 210 |
| 3.4.3 | Stellvertretung | 211 |
| 3.4.3.1 | Gesetzliche Stellvertretung | 213 |
| 3.4.3.2 | Rechtsgeschäftliche Stellvertretung | 217 |
| 3.4.4 | Bedingungen und Zeitbestimmungen bei Rechtsgeschäften | 220 |
| 3.4.4.1 | Bedingungen | 220 |
| 3.4.4.2 | Zeitbestimmungen | 222 |
| 3.4.5 | Mangelhafte Rechtsgeschäfte | 223 |
| 3.4.5.1 | Nichtige Rechtsgeschäfte | 223 |
| 3.4.5.2 | Anfechtbare Rechtsgeschäfte | 227 |
| 3.4.6 | Rechtsobjekte | 229 |
| 3.4.6.1 | Wesentliche Bestandteile | 230 |
| 3.4.6.2 | Zubehör | 232 |
| 3.5 | Schuldrecht Teil 2: Besonderheiten des Vertragsrechts | 232 |
| 3.5.1 | Anpassung und Beendigung von Verträgen | 232 |
| 3.5.1.1 | Störung der Geschäftsgrundlage | 232 |
| 3.5.1.2 | Kündigung von Dauerschuldverhältnissen | 233 |
| 3.5.2 | Erfüllung von Schuldverhältnissen | 233 |
| 3.5.2.1 | Leistungszeit | 233 |
| 3.5.2.2 | Leistungsort | 234 |
| 3.5.2.3 | Zahlungsort | 236 |
| 3.5.2.4 | Gerichtsstand | 236 |
| 3.5.3 | Leistungsstörungen bei der Vertragserfüllung | 237 |
| 3.5.3.1 | Tatbestand der Pflichtverletzung | 237 |
| 3.5.3.2 | Besonderheiten bei gegenseitigen Schuldverhältnissen | 238 |
| 3.5.3.3 | Schlechtleistung (am Beispiel des Kaufvertrages) | 239 |
| 3.5.3.4 | Unmöglichkeit | 242 |
| 3.5.3.5 | Schuldnerverzug | 243 |
| 3.5.3.6 | Gläubigerverzug | 244 |
| 3.5.3.7 | Sonstige Pflichtverletzung | 245 |
| 3.5.3.8 | Verschulden bei den Vertragsverhandlungen | 246 |
| 3.5.4 | Gläubiger- und Schuldnerwechsel | 246 |
| 3.5.4.1 | Die Forderungsabtretung (Zession) | 247 |
| 3.5.4.2 | Schuldübernahme | 250 |
| 3.5.5 | Verbraucherschutz im BGB | 251 |
| 3.5.5.1 | Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) | 252 |
| 3.5.5.2 | Haustürgeschäfte | 254 |
| 3.5.5.3 | Fernabsatzverträge | 256 |
| 3.5.5.4 | Verbraucherdarlehnsverträge | 257 |
| 3.5.5.5 | Verbundene Verträge | 263 |
| 3.5.5.6 | Darlehnsvermittlungsvertrag | 263 |
| 3.5.5.7 | Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen | 264 |
| 3.6 | Schuldrecht Teil 3: Gesetzliche Schuldverhältnisse | 266 |
| 3.6.1 | Ungerechtfertigte Bereicherung | 266 |
| 3.6.1.1 | Herausgabeanspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung | 267 |

| | | |
|----------|---|-----|
| 3.6.1.2 | Umfang der Herausgabeansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung | 268 |
| 3.6.2 | Unerlaubte Handlung | 269 |
| 3.6.2.1 | Die Grundtatbestände bei unerlaubter Handlung | 269 |
| 3.6.2.2 | Spezialtatbestände bei unerlaubter Handlung | 270 |
| 3.6.2.3 | Inhalt und Umfang der Schadenersatzansprüche | 271 |
| 3.7 | Schadenersatz | 271 |
| 3.7.1 | Das Wesen des Schadenersatzes | 272 |
| 3.7.2 | Haftung für Gehilfen | 273 |
| 3.8 | Verjährung | 274 |
| 3.9 | Sachenrecht | 277 |
| 3.9.1 | Besitz | 278 |
| 3.9.2 | Eigentum | 279 |
| 3.9.2.1 | Eigentumserwerb | 280 |
| 3.9.2.2 | Eigentumsvorbehalt | 282 |
| 3.9.3 | Pfandrechte an beweglichen Sachen | 283 |
| 3.9.3.1 | Rechtsgeschäftliche Pfandrechte | 283 |
| 3.9.3.2 | Gesetzliche Pfandrechte | 284 |
| 3.9.3.3 | Pfändungspfandrechte | 284 |
| 3.10 | Familienrecht | 285 |
| 3.10.1 | Eherecht | 285 |
| 3.10.1.1 | Eheliches Güterrecht – Einführung | 285 |
| 3.10.1.2 | Gesetzlicher Güterstand: Zugewinnngemeinschaft | 286 |
| 3.10.1.3 | Gütertrennung | 287 |
| 3.10.1.4 | Gütergemeinschaft | 287 |
| 3.10.1.5 | Ehescheidung | 288 |
| 3.10.2 | Unterhaltspflicht unter Verwandten | 290 |
| 3.11 | Erbrecht | 291 |
| 3.11.1 | Letzter Wille | 292 |
| 3.11.1.1 | Testament | 292 |
| 3.11.1.2 | Öffentliches Testament | 293 |
| 3.11.1.3 | Eigenhändiges Testament | 293 |
| 3.11.1.4 | Gemeinschaftliches Testament | 294 |
| 3.11.1.5 | Testamentsvollstrecker | 295 |
| 3.11.1.6 | Erbvertrag | 295 |
| 3.11.2 | Erben kraft Gesetz | 297 |
| 3.11.2.1 | Gesetzliche Erbfolge | 297 |
| 3.11.2.2 | Die Erben der ersten Ordnung | 298 |
| 3.11.2.3 | Die Erben der weiteren Ordnungen | 298 |
| 3.11.2.4 | Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten | 298 |
| 3.11.2.5 | Ausgleichspflicht bei Pflegeleistungen oder anderen besonderen Leistungen | 299 |
| 3.11.2.6 | Gesetzliches Erbrecht des Staates | 300 |
| 3.11.2.7 | Pflichtteil | 300 |
| 3.11.3 | Rechtliche Stellung der Erben | 301 |
| 3.11.3.1 | Testamentseröffnung | 301 |
| 3.11.3.2 | Einzelerbe und Erbengemeinschaft | 302 |

| | | |
|----------|---|------------|
| 3.11.3.3 | Annahme und Ausschlagung der Erbschaft | 303 |
| 3.11.3.4 | Nachweisdokumente über das Erbrecht | 303 |
| 3.11.3.5 | Haftung des Erben | 305 |
| 4 | Handels- und Gesellschaftsrecht | 306 |
| 4.1 | Begriffe und Rechtsquellen des Handels- und Gesellschaftsrechts | 306 |
| 4.2 | Kaufmann nach HGB | 308 |
| 4.2.1 | Istkaufmann (§ 1 HGB) | 309 |
| 4.2.2 | Kannkaufmann bei Kleingewerbetreibenden (§ 2 HGB) | 310 |
| 4.2.3 | Kannkaufmann bei Land- und Forstwirten (§ 3 HGB) | 310 |
| 4.2.4 | Formkaufmann (§ 6 HGB) | 311 |
| 4.2.5 | Kaufmann kraft Eintragung (§ 5 HGB) | 311 |
| 4.2.6 | Scheinkaufmann (gewohnheitsrechtliches Institut) | 312 |
| 4.3 | Handelsfirma | 312 |
| 4.3.1 | Firmengrundsätze | 313 |
| 4.3.2 | Angaben auf Geschäftsbriefen | 315 |
| 4.4 | Handelsregister | 315 |
| 4.5 | Vertretung des Kaufmanns | 319 |
| 4.5.1 | Handlungsvollmacht | 319 |
| 4.5.1.1 | Erteilung und Zeichnung | 319 |
| 4.5.1.2 | Arten | 320 |
| 4.5.1.3 | Umfang | 320 |
| 4.5.1.4 | Innen- und Außenverhältnis | 321 |
| 4.5.1.5 | Widerruf | 322 |
| 4.5.2 | Prokura | 322 |
| 4.5.2.1 | Erteilung und Zeichnung | 322 |
| 4.5.2.2 | Umfang | 322 |
| 4.5.2.3 | Grenzen der Prokura | 323 |
| 4.5.2.4 | Innen- und Außenverhältnis | 324 |
| 4.5.2.5 | Widerruf | 324 |
| 4.6 | Handelsgeschäfte | 324 |
| 4.6.1 | Allgemeine Regeln für Handelsgeschäfte | 325 |
| 4.6.2 | Einzelne Handelsgeschäfte | 327 |
| 4.7 | Rechtsformen der Unternehmen des Privatrechts | 328 |
| 4.7.1 | Einzelunternehmung | 329 |
| 4.7.2 | Begriff der Gesellschaft und Gründungsmotive | 329 |
| 4.7.3 | Personengesellschaften | 331 |
| 4.7.3.1 | BGB-Gesellschaft (GbR) | 331 |
| 4.7.3.2 | Offene Handelsgesellschaft | 333 |
| 4.7.3.3 | Kommanditgesellschaft | 336 |
| 4.7.3.4 | Stille Gesellschaft | 338 |
| 4.7.4 | Kapitalgesellschaften | 339 |
| 4.7.4.1 | Aktiengesellschaft | 339 |
| 4.7.4.2 | Gesellschaft mit beschränkter Haftung | 343 |
| 4.7.4.3 | Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) | 346 |
| 4.7.5 | Eingetragene Genossenschaft | 348 |
| 4.7.6 | Bereichsspezifische Unternehmensformen | 351 |

| | | |
|----------|--|------------|
| 4.7.6.1 | Partnerschaftsgesellschaft | 351 |
| 4.7.6.2 | Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit | 352 |
| 4.7.7 | Mischformen | 354 |
| 4.7.7.1 | GmbH & Co. KG | 354 |
| 4.7.7.2 | Kommanditgesellschaft auf Aktien | 356 |
| 4.7.8 | Betriebsaufspaltung | 358 |
| 5 | Spezielle berufsrechtliche Fragen für Berater, Vermittler und Finanzdienstleister | 359 |
| 5.1 | Abgrenzung der Vermittler- und Beratertypen | 359 |
| 5.2 | Rechtsstatus als Handelsvertreter (Agent) | 361 |
| 5.2.1 | Handelsvertretertypen | 361 |
| 5.2.2 | Rechte und Pflichten des Handelsvertreters | 362 |
| 5.2.3 | Provisionsanspruch | 362 |
| 5.2.4 | Kündigung des Handelsvertretervertrages | 363 |
| 5.2.5 | Wettbewerbsabrede | 364 |
| 5.2.6 | Sonderregelungen für den Versicherungsvertreter | 365 |
| 5.3 | Rechtsstatus als Makler | 366 |
| 5.3.1 | Allgemeine Vorschriften des BGB | 366 |
| 5.3.2 | Spezialvorschriften für Handelsmakler | 368 |
| 5.3.3 | Sonderregelungen für den Versicherungsmakler | 369 |
| 5.4 | Berufszulassungsregeln für Vermittler und Berater | 370 |
| 5.4.1 | Gewerbeerlaubnis nach § 34c GewO | 370 |
| 5.4.2 | Das deutsche Versicherungsvermittlerrecht | 371 |
| 5.4.2.1 | Erlaubnispflicht für Versicherungsvermittler und Versicherungsberater | 371 |
| 5.4.2.2 | Vermittlerregister | 373 |
| 5.4.2.3 | Versicherungsvertreter nach VVG | 375 |
| 5.4.2.4 | Versicherungsmakler nach VVG | 375 |
| 5.4.2.5 | Versicherungsberater | 376 |
| 5.4.2.6 | Ausnahmen von der Erlaubnispflicht als Versicherungsvermittler | 377 |
| 5.4.3 | Ausblick: Weitere Berufszugangsregulierungen | 380 |
| 5.5 | Verbot der Rechts- und Steuerberatung | 382 |
| 5.6 | Rechtsfragen bei Honorarberatung | 382 |
| 5.7 | Aufsichtsrecht bei Finanzdienstleistungsinstituten | 384 |
| 5.8 | Bezeichnungsschutz nach Investmentgesetz | 387 |
| 6 | Beratungs-, Informations- und Dokumentationspflichten der Vermittler und Berater | 388 |
| 6.1 | Die Kapitalanlagevermittlung und -beratung | 388 |
| 6.1.1 | Einführung | 388 |
| 6.1.2 | Begriffsabgrenzungen | 389 |
| 6.1.2.1 | Auskunfts- und Beratungspflichten | 389 |
| 6.1.2.2 | Anlagevermittler und Anlageberater | 389 |
| 6.1.3 | Aufklärungspflicht bei Rückvergütungen aus Kapitalanlagevermittlungen | 392 |
| 6.1.3.1 | Vertrieb von Wertpapieren: Wohlverhaltensregeln durch MiFID & Co. | 392 |
| 6.1.3.2 | „Grauer Kapitalmarkt“: MiFID-freie Zone | 393 |
| 6.1.3.3 | „Kick-Back“-Entscheidung des BGH | 393 |
| 6.1.3.4 | Ausdehnung der „Kick-Back“-Entscheidung auf geschlossene Fonds | 393 |

| | | |
|----------|--|------------|
| 6.1.3.5 | Beschränkung der „Kick-Back“-Aufklärung auf Banken? | 394 |
| 6.1.3.6 | Die „Kick-Back“-Entscheidung gilt nur für Anlageberater | 395 |
| 6.1.4 | Beratungs- und Dokumentationspflichten bei Kapitalanlageberatung der Banken | 396 |
| 6.1.5 | Haftungsgrundlagen bei Kapitalanlagevermittlung und -beratung | 397 |
| 6.1.5.1 | Haftung aus Vertrag | 397 |
| 6.1.5.2 | Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) | 397 |
| 6.1.5.3 | Prospekthaftung | 398 |
| 6.1.5.4 | Deliktische Haftung | 400 |
| 6.2 | Die Versicherungsvermittlung und -beratung | 400 |
| 6.2.1 | Informationspflichten bei der Versicherungsvermittlung | 400 |
| 6.2.1.1 | Statusbezogene Informationen | 400 |
| 6.2.1.2 | Vertragsbezogene Informationen | 401 |
| 6.2.1.3 | Informationsverzicht | 403 |
| 6.2.2 | Beratungs- und Dokumentationspflichten bei der Versicherungsvermittlung | 403 |
| 6.2.2.1 | Fragepflicht | 404 |
| 6.2.2.2 | Beratungspflicht | 404 |
| 6.2.2.3 | Begründungspflicht | 405 |
| 6.2.2.4 | Dokumentationspflicht | 405 |
| 6.2.2.5 | Was ist beim Versicherungsmakler anders? | 407 |
| 6.2.2.6 | Beratungs- bzw. Dokumentationsverzicht | 408 |
| 6.2.3 | Rechtsfolgen der Verletzung von Informations-, Beratungs- und Dokumentationspflichten bei der Versicherungsvermittlung | 408 |
| 6.2.3.1 | Bußgeld | 408 |
| 6.2.3.2 | Straftat | 409 |
| 6.2.3.3 | Unterlassungsanspruch | 409 |
| 6.2.3.4 | Schadenersatzpflicht | 409 |
| 6.3 | Schadenersatzanspruch | 410 |
| 6.3.1 | Kausalität und Verschulden | 410 |
| 6.3.2 | Schadenumfang | 410 |
| 6.3.3 | Beweislast | 412 |
| 6.3.4 | Haftungsausschluss | 412 |
| 6.4 | Strafrechtliche Bestimmungen | 413 |
| 6.4.1 | Betrug | 413 |
| 6.4.2 | Kapitalanlagebetrug | 413 |
| 6.4.3 | Urkundendelikte | 414 |
| 6.4.4 | Verleitung zur Börsenspekulation | 414 |
| 6.4.5 | Geldwäsche | 414 |
| 6.4.6 | Hinweise für die Beratungspraxis | 415 |
| 7 | Wettbewerbsrecht, Verbraucher- und Datenschutz | 417 |
| 7.1 | Aufgaben des Wettbewerbsrechts | 417 |
| 7.2 | Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb | 418 |
| 7.2.1 | Die große Generalklausel | 418 |
| 7.2.2 | Irreführende geschäftliche Handlungen – die kleine Generalklausel | 431 |
| 7.2.2.1 | Irreführung über angebotene Waren oder Leistungen | 433 |

| | | |
|---------------|---|------------|
| 7.2.2.2 | Irreführung über Preise | 435 |
| 7.2.2.3 | Irreführung über das anbietende Unternehmen | 435 |
| 7.2.3 | Vergleichende Werbung | 436 |
| 7.2.4 | Unzumutbare Belästigungen | 436 |
| 7.2.5 | Wettbewerbsrechtliche Ansprüche und ihre Durchsetzung | 439 |
| 7.2.6 | Strafvorschriften im UWG | 440 |
| 7.3 | Preisangabenverordnung | 440 |
| 7.4 | Bundesdatenschutzgesetz | 443 |
| TEIL 4 | STEUERN | 445 |
| 1 | Allgemeines Steuerrecht | 445 |
| 1.1 | Direkte und indirekte Steuern | 447 |
| 1.2 | Steuergegenstand | 448 |
| 1.3 | Ertragshoheit | 449 |
| 1.4 | Steuerliche Abzugsfähigkeit | 449 |
| 2 | Einkommensteuer | 450 |
| 2.1 | Persönliche Steuerpflicht | 450 |
| 2.1.1 | Arten der Steuerpflicht | 450 |
| 2.1.2 | Doppelbesteuerung | 452 |
| 2.2 | Überblick und Ermittlung der Einkünfte | 452 |
| 2.2.1 | Wie wird die Einkommensteuer errechnet? | 453 |
| 2.2.2 | Ermittlung der Einkünfte | 455 |
| 2.2.3 | Arten der Gewinnermittlung (für Gewinneinkunftsarten) | 461 |
| 2.2.3.1 | Betriebsvermögensvergleich | 461 |
| 2.2.3.2 | Einnahmenüberschussrechnung | 462 |
| 2.2.4 | Arten der Überschussermittlung (für Überschusseinkunftsarten) | 463 |
| 2.3 | Die einzelnen Einkunftsarten | 463 |
| 2.3.1 | Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (LuF) | 463 |
| 2.3.2 | Einkünfte aus Gewerbebetrieb | 464 |
| 2.3.3 | Einkünfte aus selbstständiger Arbeit | 467 |
| 2.3.4 | Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit | 468 |
| 2.3.4.1 | Einnahmen | 469 |
| 2.3.4.2 | Steuerfreie Einnahmen | 469 |
| 2.3.4.3 | Pauschalversteuerte Einnahmen | 469 |
| 2.3.4.4 | Betriebliche Altersversorgung – steuerliche Grundlagen | 470 |
| 2.3.4.5 | Unfallversicherungen | 473 |
| 2.3.4.6 | Werbungskosten | 473 |
| 2.3.4.7 | Versorgungsfreibetrag | 474 |
| 2.3.5 | Einkünfte aus Kapitalvermögen | 474 |
| 2.3.5.1 | Günstigerprüfung | 476 |
| 2.3.5.2 | Übergangsregelung – „altes“ oder „neues“ Recht? | 476 |
| 2.3.5.3 | Sparerpauschbetrag | 483 |
| 2.3.5.4 | Veräußerungsgewinne und -verluste | 483 |
| 2.3.5.5 | Freistellungsauftrag, NV-Bescheinigung und ausländische Einkünfte | 484 |
| 2.3.6 | Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung | 485 |
| 2.3.6.1 | Einnahmen | 486 |

| | | |
|----------|---|-----|
| 2.3.6.2 | Werbungskosten | 486 |
| 2.3.7 | Sonstige Einkünfte | 488 |
| 2.3.7.1 | Wiederkehrende Bezüge | 489 |
| 2.3.7.2 | Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften (Spekulationsgeschäfte) | 491 |
| 2.3.7.3 | Sonstige Leistungseinkünfte | 493 |
| 2.3.7.4 | Abgeordnetenbezüge | 493 |
| 2.3.7.5 | Leistungen anderer Bezüge mit nachgelagerter Besteuerung | 494 |
| 2.3.8 | Behandlung von Verlusten | 494 |
| 2.4 | Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen | 496 |
| 2.4.1 | Sonderausgaben | 496 |
| 2.4.2 | Vorsorgeaufwendungen | 497 |
| 2.4.2.1 | Versicherungsbeiträge | 497 |
| 2.4.2.2 | Versorgungswerke | 498 |
| 2.4.2.3 | Private Basisversorgung | 498 |
| 2.4.2.4 | Unfallversicherung | 498 |
| 2.4.2.5 | Kranken- und Pflegeversicherung | 498 |
| 2.4.2.6 | Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherung | 499 |
| 2.4.2.7 | Haftplichtversicherung | 499 |
| 2.4.2.8 | Arbeitslosenversicherung | 499 |
| 2.4.2.9 | Risikolebensversicherung | 499 |
| 2.4.2.10 | Private Rentenversicherung/kapitalbildende Lebensversicherung | 499 |
| 2.4.2.11 | Berechnung der abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen | 500 |
| 2.4.2.12 | Höchstbetragsberechnung (aktuelle Methode) | 501 |
| 2.4.2.13 | Vorsorgepauschale (aktuelle Methode) | 504 |
| 2.4.2.14 | Höchstbetragsberechnung (bisherige Methode) | 505 |
| 2.4.2.15 | Vorsorgepauschale (bisherige Methode) | 506 |
| 2.4.2.16 | Zusätzliche Altersvorsorge | 507 |
| 2.4.3 | Übrige Sonderausgaben | 508 |
| 2.4.3.1 | Unterhaltsleistungen an geschiedene oder dauernd getrennt lebende Ehegatten | 508 |
| 2.4.3.2 | Renten und dauernde Lasten | 509 |
| 2.4.3.3 | Gezahlte Kirchensteuer | 509 |
| 2.4.3.4 | Aufwendungen für die Berufsausbildung | 509 |
| 2.4.3.5 | Schulgelder | 509 |
| 2.4.3.6 | Spenden | 510 |
| 2.4.4 | Außergewöhnliche Belastungen | 510 |
| 2.4.4.1 | Außergewöhnliche Belastungen unter Berücksichtigung zumutbarer Eigenbelastung | 511 |
| 2.4.4.2 | Außergewöhnliche Belastungen ohne Berücksichtigung zumutbarer Eigenbelastung | 512 |
| 2.5 | Andere Abzugsbeträge und Vergünstigungen bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens | 513 |
| 2.5.1 | Altersentlastungsbetrag | 514 |
| 2.5.2 | Begriff „Kinder“ im EStG; Kinderfreibetrag und Kindergeld | 514 |
| 2.5.3 | Entlastungsbetrag für Alleinerziehende | 517 |
| 2.5.4 | Kinderbetreuungskosten | 517 |

| | | |
|----------|--|------------|
| 2.6 | Ermittlung der Einkommensteuer und Veranlagung | 518 |
| 2.6.1 | Einkommensteuertarife | 518 |
| 2.6.2 | Veranlagungsformen | 521 |
| 2.6.3 | Steuererhebung | 522 |
| 2.7 | Solidaritatzuschlag | 523 |
| 2.8 | Lohnsteuer | 524 |
| 2.8.1 | Lohnsteuerklassen | 524 |
| 2.8.2 | Lohnsteuerkarte und Freibeträge | 525 |
| 2.9 | Veranlagung von Steuerpflichtigen | 526 |
| 2.9.1 | Veranlagung von Arbeitnehmern | 526 |
| 2.9.2 | Veranlagung von Personen, die nicht Arbeitnehmer sind | 527 |
| 3 | Körperschaftsteuer | 529 |
| 3.1 | Steuerpflicht | 529 |
| 3.2 | Steuerbefreiungen | 529 |
| 3.3 | Körperschaftsteuerliches Einkommen | 530 |
| 3.3.1 | Nicht abzugsfähige Ausgaben | 531 |
| 3.3.2 | Verdeckte Gewinnausschüttungen | 532 |
| 3.3.3 | Steuerfreie Erträge | 533 |
| 3.3.4 | Verlustabzug | 533 |
| 3.4 | Körperschaftsteuertarif | 533 |
| 4 | Gewerbesteuer | 534 |
| 4.1 | Steuergegenstand | 534 |
| 4.1.1 | Begriff des Gewerbebetriebes | 534 |
| 4.1.2 | Formen des Gewerbebetriebes | 534 |
| 4.2 | Beginn und Ende der Steuerpflicht | 535 |
| 4.3 | Besteuerungsgrundlagen | 535 |
| 4.3.1 | Gewerbeertrag | 536 |
| 4.3.1.1 | Hinzurechnungen | 536 |
| 4.3.1.2 | Kürzungen | 536 |
| 4.3.1.3 | Steuermesszahl und Steuermessbetrag | 537 |
| 4.3.1.4 | Ermittlungsschema für den Gewerbeertrag | 537 |
| 4.3.2 | Errechnung der Gewerbesteuer | 537 |
| 5 | Grundsteuer | 539 |
| 5.1 | Steuergegenstand | 539 |
| 5.2 | Befreiungen | 539 |
| 5.3 | Berechnung der Grundsteuer | 539 |
| 5.4 | Steuerschuldner | 540 |
| 5.5 | Erlass und Minderung | 540 |
| 5.6 | Festsetzung und Erhebung | 540 |
| 6 | Erbschaft- und Schenkungsteuer | 541 |
| 6.1 | Steuerpflichtige Vorgänge | 541 |
| 6.2 | Persönliche Steuerpflicht | 542 |
| 6.3 | Steuergegenstand, -entstehung und Bewertung, Steuerbefreiungen | 543 |
| 6.4 | Besteuerung und Besteuerungsverfahren | 545 |

| | | |
|-----------------------------|---|------------|
| 7 | Umsatzsteuer | 549 |
| 7.1 | Grundlagen der Besteuerung | 551 |
| 7.1.1 | Unternehmer und Unternehmen | 551 |
| 7.1.2 | Was unterliegt der Umsatzsteuer? | 552 |
| 7.1.3 | Steuerpflicht und Steuerfreiheit | 554 |
| 7.1.4 | Verzicht auf die Steuerbefreiung | 555 |
| 7.2 | Bemessungsgrundlage und Steuersätze | 557 |
| 7.3 | Vorsteuer und Rechnungen | 558 |
| 7.4 | Besteuerungsverfahren | 560 |
| 7.4.1 | Zeitpunkt der Steuerentstehung | 560 |
| 7.4.2 | Steueranmeldungen und andere Erklärungen | 561 |
| 7.4.3 | Aufzeichnungspflichten und Kontrollrechte | 562 |
| 8 | Abgabenordnung | 563 |
| 8.1 | Finanzverwaltung | 563 |
| 8.2 | Rechtsquellen im Steuerrecht | 565 |
| 8.3 | Verwaltungsakte, Steuerbescheide | 566 |
| 8.3.1 | Wirksamkeit und Bekanntgabe | 566 |
| 8.3.2 | Korrektur von Verwaltungsakten | 568 |
| 8.3.3 | Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden | 569 |
| 8.3.4 | Rechtsbehelfsverfahren | 569 |
| 8.3.5 | Vorsicht bei sogenannten Folgebescheiden | 571 |
| 8.4 | Fristen, Termine, Verjährung | 572 |
| 8.4.1 | Fristen | 572 |
| 8.4.2 | Fristberechnung | 572 |
| 8.4.3 | Folgen versäumter Fristen | 573 |
| 8.4.4 | Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand | 574 |
| 8.5 | Hilfeleistung in Steuersachen | 575 |
| 9 | Bewertungsgesetz | 578 |
| 9.1 | Allgemeine Bewertungsvorschriften | 578 |
| 9.2 | Vermögensarten | 579 |
| 9.2.1 | Grundvermögen | 579 |
| 9.2.2 | Betriebsvermögen | 581 |
| STICHWORTVERZEICHNIS | | 583 |

Leseprobe

TEIL 1

VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

1 Wirtschaft als Gegenstand der Volkswirtschaftslehre

Jeder von uns wird tagtäglich mit wirtschaftlichen Aspekten konfrontiert, z. B.:

- Der öffentliche Nahverkehr wird bestreikt.
- Die Mieten steigen.
- Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm wird aufgelegt.
- Die Arbeitslosenquote steigt.
- Die Europäische Kommission genehmigt eine Unternehmenssanierung.
- Die Staatsverschuldung erreicht Rekordmarken.

Die ökonomischen Aktivitäten eines Landes setzen sich aus einer unendlichen Vielzahl von Handlungen der ökonomischen Subjekte oder Einzelwirtschaften zusammen. Die Gesamtheit der Aktivitäten von Unternehmen, privaten Haushalten und des Staates sind **Gegenstand** der Volkswirtschaftslehre.

1.1 Aufgaben der Volkswirtschaftslehre

Viele dieser Vorgänge werden mit der spezifischen Fachsprache der Volkswirtschaftslehre beschrieben. Sie erfüllt somit eine **beschreibende (deskriptive) Funktion**. Die zweite Aufgabe der Volkswirtschaftslehre besteht in der **Erklärung** des wirtschaftlichen Geschehens. Dass dies nicht ohne Widersprüche geschieht, soll an einem Beispiel verdeutlicht werden:

Beispiel:

Eines der Hauptprobleme in marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystemen ist die Arbeitslosigkeit. Sie kann z. B. als Relation zwischen arbeitslosen Personen und der Gesamtheit der erwerbsfähigen Bevölkerung beschrieben werden. Das Auftreten von Arbeitslosigkeit könnte man folgendermaßen erklären:

- Die Gewerkschaften fordern zu hohe Löhne.
- Die Unternehmen investieren zu wenig.
- Die Verbraucher sind gesättigt und haben keine Nachfragewünsche mehr.
- Die Unternehmen ersetzen Arbeitskräfte zu stark durch neue Technologien.
- Das Zinsniveau ist zu hoch.

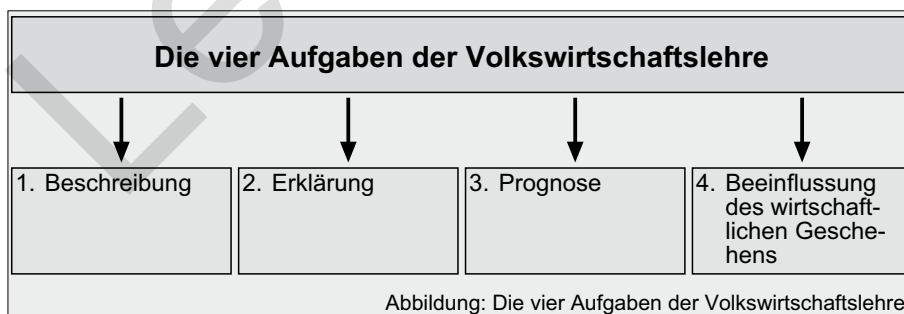
Das Suchen nach möglichen Erklärungszusammenhängen, also die **Hypothesenbildung**, ist die dritte Aufgabe der Volkswirtschaftslehre. Um eine Nachprüfung der Hypothesen zu ermöglichen, müssen möglichst die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge benannt und – falls möglich – **quantifiziert** werden. Des Weiteren müssen mögliche

Wechselbeziehungen zwischen den Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden. Denn eines wird an dem gewählten Beispiel schon deutlich: Es existiert nicht nur eine Ursachenvariable, sondern ein ganzes Ursachenbündel mit mehr oder weniger starker Gewichtung der Einzelursachen.

Häufig stößt die Volkswirtschaftslehre auf komplexe Vorgänge, die es nötig erscheinen lassen, **andere Wissenschaftsdisziplinen** bei der Analyse zu berücksichtigen. So sind umfassende Zusammenhänge nicht zu erklären, ohne z. B. die Disziplinen der Soziologie, Politologie, Psychologie oder der Geschichtswissenschaften einzubeziehen.

Um ökonomische Probleme besser erörtern zu können, werden nebensächliche Einflussfaktoren und Randerscheinungen ausgeklammert und wirtschaftliche Ereignisse mithilfe eines **Modells** abgebildet. Diese Vereinfachung der ökonomischen Realität stützt sich auf die vermeintlichen Haupterklärungszusammenhänge. Dass die Auswahl der relevanten Erklärungszusammenhänge und die Vernachlässigung von vermeintlich nicht-relevanten Variablen letztendlich willkürlich sind, zeigt der Streit der verschiedenen Schulen und Theorierichtungen. Bewusste oder unbewusste **Interessengebundenheit** ist der Regelfall im volkswirtschaftlichen Disput.

Eine Erklärung von wirtschaftswissenschaftlichen Vorgängen geschieht immer im Lichte von Theorien: Eine „wertfreie“ Betrachtung kann es nicht geben, da äußere Einflüsse wegdefiniert, Hypothesen aufgestellt und verworfen und Inhalte und Vorgehensweisen der Untersuchungen bestimmt werden müssen. Ausgehend von den möglichst fundierten Erkenntnissen wird nun von der Volkswirtschaftslehre erwartet, dass sie Aussagen über die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsgeschehens leistet. Dabei wird davon ausgegangen, dass diese **Prognosen** im Einklang mit der Erklärung vergangener Entwicklungen stehen, und auf ihnen basieren. Letztendliches Ziel ist es dabei, im Rahmen der Wirtschaftspolitik den **Wirtschaftsprozess** zu **beeinflussen**. Hierbei ist die möglichst umfassende Kenntnis über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge ebenso unerlässlich wie eine realistische Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung.



1.2 Grundbegriffe

Wäre die Verfügbarkeit über die Produktionsmittel einer Volkswirtschaft unbegrenzt, so könnte von jedem Gut beliebig viel produziert werden, und es ließen sich alle Wünsche

der Bewohner eines Landes erfüllen. Da die Menschen in jeder Wirtschaftsgesellschaft aber eine prinzipiell unbegrenzte Menge von Wünschen haben und gleichzeitig die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, nämlich die produzierten Güter, begrenzt sind, existiert ein **Knappheitsproblem**. Diese Diskrepanz zwischen (unbegrenzten) Bedürfnissen und (begrenzten) Gütern zu ihrer Befriedigung versucht man in allen Volkswirtschaften über die Ausdehnung der Produktion zu verringern, wobei die Arbeitsteilung und der technische Fortschritt wichtige Hilfsmittel bilden.

1.2.1 Bedürfnis/Bedarf/Nachfrage

Unter einem **Bedürfnis** kann allgemein ein Mangelempfinden verstanden werden.

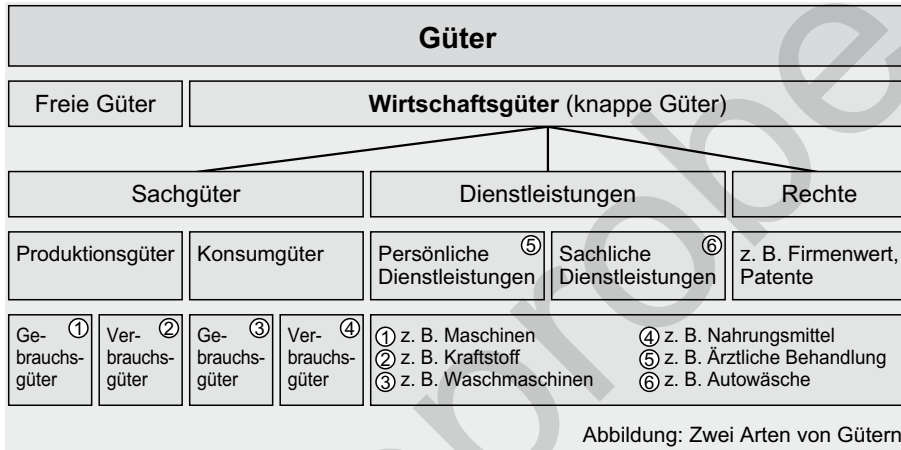
Die bekannteste Unterscheidung von Bedürfnisebenen geht auf **Maslow** zurück. Er unterschied:



Diese Bedürfnisse bilden eine Hierarchie: Ist das eine Bedürfnis subjektiv betrachtet befriedigt, wünscht sich das Individuum die Befriedigung der „nächsthöheren“ Bedürfnisse. Die skizzierten Eigenschaften der Bedürfnisse sind ein wichtiger Grund für die Dynamik von Volkswirtschaften. Wenn ein allgemeines Mangelempfinden (Bedürfnis) wie z. B. „Durst“ konkretisiert wird, spricht man von **Bedarf**: z. B. das Verlangen nach einem Glas Orangensaft. Wenn dieser Wunsch am Markt sichtbar wird, kann von **Nachfrage** gesprochen werden: z. B. der Kauf eines Glases Orangensaft in der Cafeteria.

1.2.2 Produktion und Produktionsmöglichkeiten

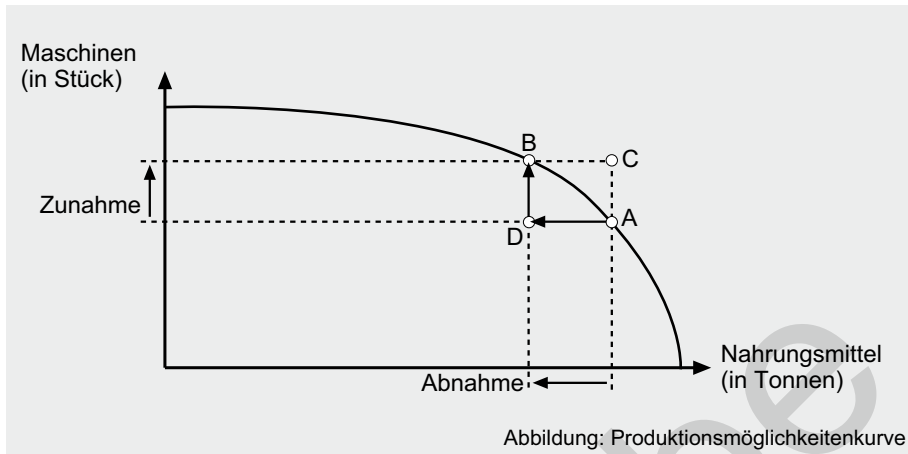
Güter als Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse müssen produziert werden, da sie nur z. T. von der Natur in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden. Die Existenz dieser sog. „freien Güter“ ist allerdings umstritten, da es kaum noch gelingt, allgemeingültige Beispiele zu finden: Wasser ist längst nicht unbegrenzt verfügbar, selbst bei der (sauberen) Luft kämen Bedenken. Güter, die nicht frei sind, müssen von den Menschen einer Volkswirtschaft produziert werden. Sie werden als wirtschaftliche Güter oder knappe Güter bezeichnet.



Wirtschaftsgüter, die im Produktionsprozess eingesetzt werden, werden als Produktionsmittel oder **Produktionsfaktoren** bezeichnet. Üblicherweise werden die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden unterschieden:

- **Boden:** Landwirtschaftliche Nutzfläche und Bodenschätze.
- **Kapital:** Maschinen, Gebäude und das sog. technische Wissen.
- **Arbeit:** Arbeitskräftepotenzial.

Da die Bestände an Produktionsfaktoren (kurzfristig gesehen) begrenzt sind, kann auch nur eine begrenzte Menge an Gütern hergestellt werden, was durch die **Produktionsmöglichkeitenkurve** grafisch dargestellt werden kann.



Die Produktionsmöglichkeitenkurve oder Transformationskurve bildet also anhand zweier Güter ab, was mit dem gegebenen Bestand an Produktionsfaktoren in einem Land produziert werden kann. Sie zeigt unterschiedliche Güterbündel, zwischen denen gewählt werden kann: Die Mehrproduktion von einem Gut ist nur möglich, wenn von dem anderen Gut weniger produziert wird (in der oberen Abbildung: mehr Maschinen und weniger Nahrungsmittel). Die Kosten der Mehrproduktion, ausgedrückt in dem Verzicht auf das andere Gut, werden als **Opportunitätskosten** bezeichnet. So kann auch die gekrümmte Form der Kurve erklärt werden: Die Produktionsfaktoren sind nicht beliebig einsetzbar. Ab einem bestimmten Punkt wird es z. B. schwieriger, auch den letzten Arbeiter zur Produktion eines neuen Gutes umzulernen. Prinzipiell sind drei Fälle denkbar:

Fall 1: A und B = mögliche Güterkombinationen „auf“ der Kurve.

Fall 2: C = ein aktuell nicht erreichbares Güterbündel (kann nur mit technischem Fortschritt oder größerem Bestand an Produktionsfaktoren erreicht werden).

Fall 3: D = Unterbeschäftigung der Produktionsfaktoren (es hätte mehr produziert werden können).

2 Märkte und Preisbildung

2.1 Marktformen

Der Markt ist der zentrale Koordinationsmechanismus in der kapitalistischen Marktwirtschaft. „Der“ Markt besteht aus einer Vielzahl von Teilmärkten, die sich durch qualitative, räumliche oder zeitliche Charakteristika der gehandelten Güter unterscheiden. Er ist letztendlich ein Gedankenkonstrukt. Auf dem so gefassten Markt treffen das Angebot und die Nachfrage zusammen. Er bietet alle für einen geplanten Austausch notwendigen Informationen wie Preise, Kauf- und Verkaufsmengen usw.

Die Erscheinungsformen des Marktes haben großen Einfluss auf die Preisbildungsprozesse. Die wichtigsten Einflussgrößen auf die konkrete Ausgestaltung der Marktform sind:

- Zahl der Anbieter und Nachfrager,
- qualitative Rahmenbedingungen.

| | | Anzahl der Anbieter | | |
|-----------------------|--------|------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|
| | | Viele | Wenige | Einer |
| Anzahl der Nachfrager | Viele | Polypol | Angebots-oligopol | Angebots-monopol |
| | Wenige | Nachfrage-oligopol | Zweiseitiges Oligopol | Beschränktes Angebots-monopol |
| | Einer | Nachfrage-monopol (Monopson) | Beschränktes Nachfrage-monopol | Zweiseitiges Monopol |

Abbildung: Marktformen

Je nach Anzahl der Anbieter- und Nachfrager, kann man folgende Marktformen unterscheiden:

Polypol: Die Anbieter und Nachfrager können keinen Einfluss auf den Marktpreis nehmen. Der Marktpreis ist das Resultat der Angebots- und Nachfragemenge.

(Angebots-)Monopol: Es existiert auf dem betrachteten Markt nur ein Anbieter. Sein Absatz hängt – da keine anderen Anbieter existieren – nur von seinem gesetzten Preis ab. Er kann also nicht Preis und Menge gleichzeitig bestimmen. Gleichzeitig muss das Monopol, um seine Stellung zu behalten, Preise so wählen, dass keine potenzielle Konkurrenz entstehen kann.

(Angebots-)Oligopol: Hierbei existieren auf einem Markt relativ wenige große Anbieter. Bei dieser Marktform hängt der Absatz des Anbieters von seinem Preis und vom Preis der Konkurrenten ab. Gerade bei einem Wettbewerb zwischen den Oligopolen ist das

einzelne Unternehmen äußerst abhängig von der Preispolitik der Konkurrenten. Bei einem konzertierten Vorgehen der Oligopole spricht man von einem nicht-kompetitiven Monopol (z. B. bei Benzinpreisen). Die oligopolistische Marktform ist die vorherrschende in modernen kapitalistischen Marktwirtschaften.

Wirtschaftliche **Konzentration** ist die Kehrseite einer abnehmenden Anbieterzahl. Dieser Prozess, der auch als Unternehmenskonzentration bezeichnet wird, tritt in zwei Formen auf: durch internes Wachstum eines Unternehmens (Umsatzvergrößerung) und durch externes Wachstum (Zusammenschluss bereits existierender Unternehmen).

Die **externe Konzentration** hat viele Formen:

| Externe Konzentration | | | | |
|--|---|---|--|---|
| Konzern: Mehrere rechtlich selbstständige und selbstständig bleibende Unternehmen schließen sich unter einheitlicher Leitung zusammen. | Beteiligung: Kauf von Geschäftsanteilen (unter 50% der Kapitalanteile und ohne Konzernbildung). | Gemeinschaftsunternehmen: Mehrere Unternehmen schließen sich zusammen, um ein bestehendes Unternehmen zu erwerben oder ein neues zu gründen, mit dem Ziel, es anschließend zu leiten. | Fusion: Mehrere vormals selbstständige Unternehmen schließen sich zu einem neuen Unternehmen zusammen. | Kartell: Zusammenschluss selbstständiger Unternehmen der gleichen Branche mit dem Ziel, den Wettbewerb zwischen den Kartellmitgliedern zu beschränken. Das Syndikat ist eine Sonderform des Kartells. Es ist die gemeinsame Verkaufsstelle des Kartells, also die Form, mit der das Kartell am Markt auftritt. |

Abbildung: Externe Konzentrationen

In der wirtschaftlichen Praxis existieren weitere Formen, in denen der eingeschränkte Wettbewerb zwischen den Unternehmen deutlich wird, wie Kreditverflechtungen, personelle Verflechtungen, Kooperationsverträge usw. Die Gesetzgebung der Bundesrepublik zum Schutz des Wettbewerbs ist im „**Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen**“ (GWB) geregelt.

Ein marktbeherrschender Zusammenschluss kann durch das Bundeskartellamt auf Grundlage des GWB untersagt werden, da dadurch der Wettbewerb zulasten der Verbraucher eingeschränkt würde. Das Bundeskartellamt ist daneben auch für die Durchsetzung des Kartellverbots und die Missbrauchsaufsicht zuständig.

Von dem Modell eines **vollkommenen Marktes** spricht man, wenn neben der Existenz eines Polypols (1. Bedingung) weitere **qualitative Rahmenbedingungen** gegeben sind:

- **Homogenität der Güter:** Die gehandelten Güter werden von allen Marktteilnehmern als sachlich identisch angesehen.

- **Keinerlei Präferenzen:** Kauf und Verkauf erfolgen aufgrund des Preises und nicht aufgrund persönlicher, zeitlicher oder räumlicher Argumente.
- **Vollständige Markttransparenz:** Alle Marktteilnehmer haben zu jedem Zeitpunkt eine vollständige Information über Preise und Mengen.
- **Ökonomisches Prinzip:** Die Anbieter haben das Ziel, ihren Gewinn zu maximieren, und die Nachfrager das Ziel, ihren Nutzen zu maximieren.
- **Unendliche Reaktionsgeschwindigkeit:** Die Marktteilnehmer reagieren sofort und simultan auf veränderte Marktbedingungen.

2.2 Nachfrage

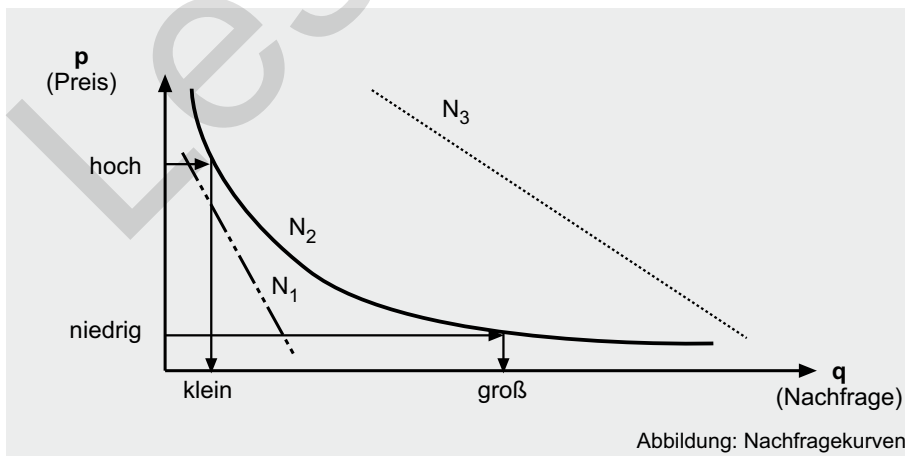
Die Nachfrage eines Haushalts oder Konsumenten (q) nach einem Gut (x_i) wird bestimmt:

- durch den Preis des Gutes (p_i),
- vom Preis anderer nachgefragter Güter ($p_2 \dots n$),
- vom Einkommen (Y) und
- von subjektiven Nutzenvorstellungen (U).

Um die Änderung der Nachfrage durch die jeweiligen Bestimmungsgründe betrachten zu können, bleiben die jeweils nicht betrachteten Variablen ohne Einfluss (**Ceteris-paribus-Klausel**)

2.2.1 Nachfrage in Abhängigkeit vom Preis des Gutes

Die Betrachtung der Nachfrage eines Haushalts nach einem Gut unter der alleinigen Berücksichtigung des Preises dieses Gutes ergibt folgenden Zusammenhang, der auch **Preis-Mengen-Vorstellung** der Nachfrager genannt wird: Je höher der Preis eines Gutes, desto geringer die nachgefragte Menge (unter sonst unveränderten Bedingungen) und umgekehrt.



Die **Preiselastizität** der Nachfrage gibt an, wie stark die Nachfrage auf eine Preisänderung reagiert. Man spricht von einer **elastischen Nachfragereaktion** (vgl. Kurve N_3), wenn der Haushalt stark reagiert (z. B. den Konsum stark einschränkt, wenn der Preis steigt). Eine **unelastische Reaktion** (vgl. Kurve N_1) liegt dann vor, wenn die Nachfrage auf Preisänderungen kaum reagiert.

Dass die Nachfragefunktion von links oben nach rechts unten fallend verläuft, oder anders ausgedrückt, die Preisentwicklung umgekehrt zur Nachfrageentwicklung verläuft, hat zwei Ursachen: Der **Substitutionseffekt** beschreibt die Tatsache, dass ein Konsument das teurere Produkt im Normalfall durch ein anderes ersetzen wird (z. B. Butter durch Margarine). Der **Einkommenseffekt** besagt, dass Preissteigerungen zu einer Schmälerung des sonst verfügbaren Einkommens führen, was auch tendenziell zu einer geringeren Nachfrage führt.

2.2.2 Nachfrage in Abhängigkeit vom Preis anderer Güter

Ob die Preissteigerungen anderer Güter ($x_2 \dots x_n$), die der Haushalt nachfragt, zu einer Änderung der Nachfrage nach einem Gut x_1 führen, hängt davon ab, in welcher Beziehung das Gut x_1 zu den anderen Gütern steht. Preissteigerungen bei **komplementären** Gütern würden zu einem Nachfragerückgang bei Gut x_1 führen, weil der Gebrauch des einen Gutes zwangsläufig den Gebrauch des anderen Gutes voraussetzt (z. B. Pfeife und Tabak). Preissteigerungen von **substituierbaren** Gütern führen zur bekannten Reaktion: Das teurere Gut wird durch das billigere Gut ersetzt.

2.2.3 Nachfrage in Abhängigkeit vom Einkommen

Das Einkommen bestimmt über den Betrag, den ein Haushalt insgesamt für Konsumzwecke zur Verfügung hat. Bei sonst gleichen Bedingungen bewirkt eine Einkommenssteigerung eine höhere Konsumsumme und damit eine größere nachgefragte Menge nach Gütern. Grafisch bedeutet das eine Parallelverschiebung der Nachfragekurve (bei einem höheren Einkommen nach „rechts“ weg vom Ursprung).

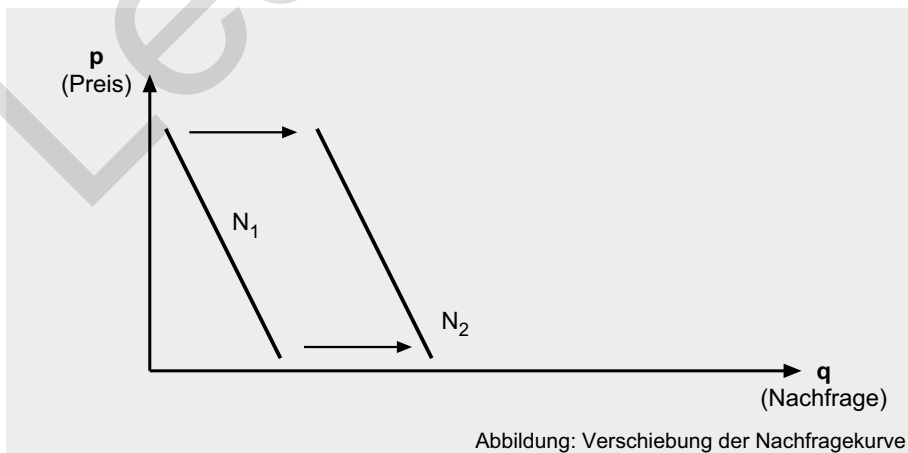


Abbildung: Verschiebung der Nachfragekurve

2.2.4 Nachfrage in Abhängigkeit von subjektiven Nutzenvorstellungen

Änderungen in der Bedürfnisstruktur des Haushalts können dazu führen, dass die bisherigen Zusammenhänge modifiziert werden müssen. So kann es z. B. sogar dazu kommen, dass die Nachfrage nach einem Gut steigt, obwohl der Preis ebenfalls gestiegen ist (und umgekehrt). Die wichtigsten Ursachen hierfür sind:

Mitläufer-Effekt: Ein Haushalt schätzt ein Gut höher ein und fragt mehr davon nach, wenn auch andere es konsumieren, „weil es ja alle haben“. Die Nachfragekurve verläuft flacher.

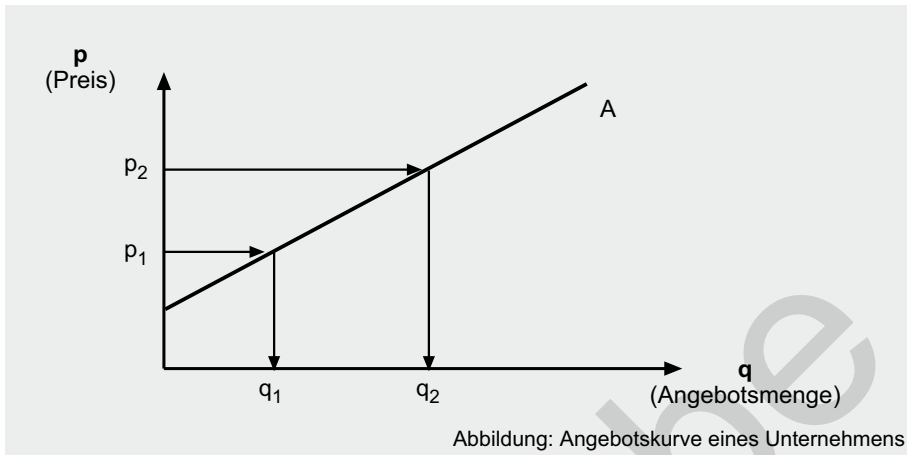
Snob-Effekt: Ist das Gegenstück zum Mitläufer-Effekt. Die Nachfrage eines Snob-Haushalts nach einem Gut nimmt ab, weil es alle haben und sich dieser Haushalt von der Masse abheben will. Die Nachfragekurve verläuft steiler.

Prestigeeffekt (Veblen-Effekt): Ein Haushalt misst einem Gut einen umso höheren Nutzen bei, je teurer es ist, weil der Besitz positiv von der Gesellschaft honoriert wird. Die Nachfragekurve verläuft steigend.

Änderungen in der Präferenz- oder Bedürfnisstruktur der Haushalte können auch zu einer Parallelverschiebung der Nachfragefunktion führen.

2.3 Angebot

Das hier beschriebene Angebotsverhalten eines Unternehmens gilt nur für die Situation der vollständigen Konkurrenz (unendlich viele Anbieter), also einen Sonderfall der kapitalistischen Marktwirtschaft. Liegt ein Anbieter über dem Preis der anderen Anbieter, dann wird er nichts verkaufen können. Setzt er den Preis dagegen geringer an, würden alle Nachfrager bei ihm kaufen. Da in dem Modell die Produktionsbedingungen ähnlich und die Güter homogen sind, bildet sich der Preis heraus, der den Produktionskosten entspricht. Der einzelne Anbieter nimmt demnach den Marktpreis als eine gegebene Größe hin und passt sein Angebot dem Marktpreis an: Er ist ein **Mengenanpasser**. Das Angebot eines Unternehmens hängt also im Wesentlichen vom erwarteten Preis ab, der auf dem Markt zu erzielen ist. Bei steigendem Preis oder in Erwartung, einen höheren Preis zu erzielen, würde das Angebot eines Unternehmens zunehmen. Die angebotene Menge steht in einem proportionalen Verhältnis zur Preisentwicklung. Dieser Zusammenhang kann auch wieder grafisch in Form der **Angebotskurve** dargestellt werden:



Parallelverschiebungen der Angebotsfunktion, die bei unveränderter Nachfrage zu Marktpreisveränderungen führen, sind denkbar, wenn sich das Gesamtangebot auf dem betreffenden Markt verändert. Das kann dann der Fall sein, wenn sich der Stand der Technik oder die Kosten der Produktionsfaktoren ändern.

2.4 Preisbildung auf Gütermärkten

Auf dem Markt treffen nun die geplanten Angebots- und Nachfragemengen aufeinander. Der Preis-Mengen-Mechanismus führt unter den Bedingungen des vollkommenen Marktes zu einem Ausgleich der Nachfrage- und Angebotsvorstellungen und damit zu einem **Marktgleichgewicht**. Grafisch kann es durch den Schnittpunkt der Angebots- und Nachfragekurve dargestellt werden:

